

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Aufenthaltsmöglichkeiten in Österreich absichern

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Regelungen für Personen bzw. deren Familien aus Drittstaaten, die positive Aussichten in Bezug auf die Beschäftigung in unserem Land haben, dahingehend verbessert werden, dass ein Verbleib in Österreich abgesichert wird. Das betrifft insbesondere gut integrierte Personen, die sich in einschlägigen Berufsfeldern oder Ausbildungen befinden oder entsprechende Ausbildungs- oder Arbeitsplatzzusagen haben.

Begründung

Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist allgegenwärtig, kaum eine Branche ist davon unberührt. Doch anstatt bei diesem Mangel auch auf die Menschen zu zählen, die bereits hier leben, arbeiten und sich einbringen, hier ein Zuhause gefunden haben und ein Teil der Gesellschaft sind, wird weiter an Hürden und der gängigen Abschiebep Praxis festgehalten.

Unlängst wurde medial bekannt, dass ein 16-jähriger, an Leukämie erkrankter Jugendlicher mit seiner Familie nach fünf Jahren in Österreich abgeschoben werden soll. Trotz schwerer Erkrankung hat er die Schule besucht, seine Schwester steht kurz vor der Matura, der Vater ist unbefristet erwerbstätig, die Mutter hat eine fixe Einstellungszusage. Die Familie ist in Vereinen aktiv und wird von ihrem Umfeld als wertvoller Teil der Gesellschaft geschätzt. Diesen Frühling erst gab es einen ähnlichen Fall: Eine indische Familie wurde direkt in unserer Nachbarschaft im Mühlviertel entwurzelt und außer Landes gebracht. Eine Familie, die in ihrer Gemeinde aktiv war, die Mutter Köchin im letzten offenen Wirtshaus des Ortes, die Tochter mit einer Jobzusage im Pflegebereich – beides Mangelberufe.

Dieser Umgang mit gut integrierten Familien hat nicht nur reale Auswirkungen auf Menschen, er schadet der Gesellschaft, der Wirtschaft und nicht zuletzt dem Ansehen Österreichs. Wenn Familien abgeschoben werden, ist dies für potenzielle Arbeitskräfte abschreckend. Um dieses Ansehen wieder zurückzuerlangen bedarf es einer Absage an diese Politik der Abschottung und ein klares Bekenntnis zu sinnvoller Integrations-, Arbeitsmarkt- und Standortpolitik.

Das Land Oberösterreich sollte sich für eine gesellschaftlich und wirtschaftlich sinnvolle Lösung einsetzen, damit jene Menschen, die eine berufliche Perspektive haben, in Mangelberufen tätig sind bzw. Jobzusagen haben, auch weiterhin in Österreich leben und arbeiten können.

Linz, am 10. November 2023

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Vukajlović, Ammer, Bauer, Engl, Hemetsberger, Mayr, Schwarz

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Eypeltauer